

Gedrückte Stimmung in Dili

Osttimor – Fünf Jahre unabhängig

Rainer Werning

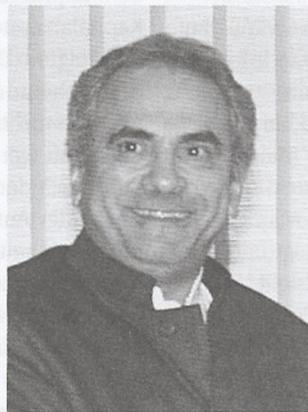
»Ein stolzes und unbeugsames Volk wird den Traum aller Völker verwirklichen – als freie Männer und Frauen unter einer Regierung ihrer eigenen Wahl zu leben. (...) Friedenstruppen der Vereinten Nationen und eine internationale Polizei haben Gesetz und Ordnung wiederhergestellt. Die im Aufbau befindlichen nationalen Militär- und Polizeikräfte arbeiten an der Grundlage einer sicheren, rechtsstaatlichen Zukunft. Wirkliche Sicherheit in Osttimor kann nur gewährleistet werden, wenn es gelingt, der Forderung nach Gerechtigkeit und nach Versöhnung gleichermaßen gerecht zu werden.«

Auszug aus der Rede des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan anlässlich der Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Osttimor am 20. Mai 2002

Als Osttimor am 20. Mai 2002 unabhängig und die Flagge des jüngsten Staates in der Hauptstadt Dili gehisst wurde, herrschte landesweit überschwängliche Freude. Alles sah an jenem Pfingstmontag rosig aus – ganz so, als hätte sich der Heilige Geist persönlich des Schicksals dieses katholischen Landes, des zweiten in Südostasien nach den Philippinen, angenommen. Die neue Staatsführung genoss Vorschusslorbeeren im In- und Ausland. Immerhin hatte der Außenminister José Ramos-Horta im Jahr 1996 gemeinsam mit dem katholischen Bischof von Dili, Carlos

Felipe Ximenes Belo, den Friedensnobelpreis erhalten. Und Präsident Xanana Gusmão, wie Ramos-Horta ein Gründungs- und einst Mitglied der Befreiungsbewegung Fretilin (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Osttimor), versicherte seinen WählerInnen: »Wenn ihr mich wählt, verspreche ich euch, jede Last auf meinen Schultern zu tragen, die ihr mir aufbürdet.« Der ehemalige Jesuitenschüler, der ab 1992 jahrelang prominenter politischer Häftling der Suharto-Diktatur im benachbarten Indonesien war, wurde 2002 denn auch mit knapp 83 Prozent der Stimmen ins Amt gewählt.

Doch von Sicherheit und Frieden ist der junge Staat auch fünf Jahre nach der Unabhängigkeit noch weit entfernt, und eine menschenwürdige Existenz für die rund eine Million OsttimoresInnen blieb bisher ein Traum. Mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 370 US-Dollar bildet das Land heute wirtschaftlich das Schlusslicht in Asien. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten vorwiegend von dem, was sie selbst anbaut. Da keine nennenswerte Wirtschaft beziehungsweise Industrie existiert, müssen die meisten Güter des täglichen Bedarfs eingeführt werden – zu Preisen, die für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich sind. Im letzten Human Development Report (Oktober 2006) rangiert Osttimor gemäß



Seit Mai 2007 ist José Ramos-Horta Präsident Osttimors.

Quelle: Wikipedia

dem Human Development Index auf Platz 142 von insgesamt 177 aufgelisteten Ländern. Demnach lebt knapp die Hälfte der über eine Million Menschen zählenden Bevölkerung des Landes unter der Armutsgrenze von einem Dollar am Tag. Weniger als 50 Prozent der Haushalte haben Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Die Arbeitslosigkeit grassiert; mehr als die Hälfte der Jugendlichen Osttimors, von dessen Bevölkerung sechzig Prozent jünger als 25 Jahre alt sind, steht ohne Jobs und Perspektive da. Es sind vor allem die Vergangenheit und die geostrategische Lage, die wesentlich für die heutige Misere des jüngsten Staates verantwortlich sind.

Teuer erkaufte Unabhängigkeit

Schon einmal hatte Osttimor seine Unabhängigkeit ausgerufen, was es teuer zu stehen kam. Gerade mal neun Tage dauerte sie an, bis indonesische Truppen am 7. Dezember 1975 die damals noch von Portugal beherrschte Kolonie überrannten und die Regierung in Jakarta sie ein Jahr später völkerrechtswidrig als 27. Provinz Indonesiens annektierte. Diese Invasion und anschließende Okkupation führten zu den schlimmsten Massakern an der Zivilbevölkerung seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Amnesty International, Human Rights Watch sowie andere Menschenrechtsorganisatio-

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Süd- und Ostasien.

kommentar

nen beziffern die Zahl der Opfer infolge dieser Besatzung bis zum Frühjahr 1999 auf über 200.000 der damals etwa 800.000 Einwohner zählenden Bevölkerung Nachdem knapp 80 Prozent der Bevölkerung Osttimors am 30. August 1999 bei einem von den UN verantworteten Referendum für die Unabhängigkeit votiert hatten, entfesselten indonesische Soldaten, unterstützt von pro-indonesischen Milizen, im Sommer desselben Jahres ein erneutes Massaker.

Die schließlich am 25. Oktober 1999 als provisorische Verwaltung eingerichtete UN-Verwaltung für Osttimor (UNTAET) ließ mit zu viel Improvisation zu viel Zeit verloren gehen und verwandte zu hohe Summen an Hilfsgeldern für den Unterhalt eines vielfach inkompetenten Stabs von internationalen MitarbeiterInnen. OsttimoresInnen wurden kaum oder zu spät in den Prozess des Aufbaus solcher sensibler Einrichtungen wie dem Grenzschutz, des Finanzministeriums, der Zentralbank, des Schul-, Berufs- und Gesundheitswesens sowie eines Rechtssystems und einer funktionsfähigen Verwaltung einbezogen. Hinzu kommen bis heute ungelöste Probleme. Ausgerechnet Portugiesisch wurde Amtssprache, während das lokale Tetum, Indonesisch und Englisch als Arbeitssprachen beibehalten wurden. Vor allem die jüngere Generation spricht und versteht aber kein Portugiesisch, was sie von vornherein benachteiligt. Innerhalb der einstigen Befreiungsbewegung und nunmehrigen Regierungspartei Fretilin kam es zu Auseinandersetzungen zwischen jenen Kräften, die im Untergrund im Kampf gegen Indonesien ihr Leben riskiert hatten, und solchen, die im bequemen Exil residiert hatten.

Selbst die kleinen Sicherheitsapparate des Landes, Militär und Polizei, sind in große Fehden untereinander verstrickt und vermochten es bislang nicht, unterschwellige und offen ausgebrochene Konflikte zwischen Ost- und WesttimoresInnen zu schlichten. In einer solch prekären Sicherheitslage verwundert es

nicht, dass dringend erwünschte und benötigte (Privat-)Investitionen aus dem Ausland ausbleiben. Ein wirtschaftlicher Aufschwung stellte sich auch deshalb nicht ein, weil mit dem südlichen Nachbarn Australien noch keine für beide Seiten befriedigende Lösung über strittige Fragen zum Grenzverlauf in der Timor-See gefunden wurde. Die australische Regierung in Canberra erhebt Anspruch auf die reichen Erdölvorkommen vor den Küsten Osttimors, deren Einkünfte die osttimoresische Regierung ebenfalls in ihre Wirtschaftsplanung einbezogen hatte.

Kultivierte Straffreiheit

Wenngleich Osttimors Staatsführung mit Gusmão und Ramos-Horta über integre Persönlichkeiten verfügt, die lange im Untergrund für die Freiheit gekämpft hatten, lehnte ausgerechnet dieses Tandem vehement eine Strafverfolgung von Tätern der bleiernen Jahre 1975 und 1999 strikt ab und betrieb stattdessen eine Politik der unbedingten »Normalität nachbarschaftlicher Beziehungen zu Jakarta«. Bei unterschiedlichen Anlässen im In- wie Ausland rechtfertigte Gusmão diese Position mit den Worten: »Wir sprechen von Gerechtigkeit als Ge-

rechtigkeit und nicht als Rache. Stellen wir aber Gerechtigkeit vor Versöhnung, wird Indonesien dies als Rache betrachten.«

Indonesiens Ex-General und Ex-Präsident Suharto, der Drahtzieher aller Verbrechen und über drei Jahrzehnte hinweg ausgesprochener Liebling des Westens, genießt heute das Privileg der sattsam bekannten »Despoten-Krankheit«. Seit seinem Abgang von der politischen Bühne im Mai 1998 attestierten Ärzte ihm, er sei nicht vernehmungsfähig. Mitte Mai 2006 wurde das Verfahren gegen Suharto sodann endgültig eingestellt. »Er ist kein Angeklagter mehr, sondern ein freier Mann«, verkündete der indonesische Generalstaatsanwalt Abdul Rahman und hob auch das Ausreiseverbot für den ehemaligen Diktator auf. Zwar hat die Regierung des seit 2004 amtierenden Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, auch er ein Ex-General, die Bekämpfung von Korruption groß auf ihre Fahnen geschrieben. Doch Suharto als langjährigem Mentor und Kollegen sieht man es offensichtlich nach, das Volk nach Berechnungen von Transparency International um mindestens 15 Milliarden US-Dollar bestohlen und damit seinen Klan und eine ihm treu ergebene Klientel großzügig ausgehalten zu haben.



Der Regierungssitz in Dili

Foto: M. Koller